

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
– Drucksache 20/11369 (neu) –

**Kommunale Potenziale nutzen – Entwicklungspolitisches Engagement auf
lokaler Ebene stärken**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die wichtige Rolle der Städte und Gemeinden in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit anzuerkennen, in Wert zu setzen und systematisch mit Instrumenten zu versehen, um die Transformation im Sinne der Agenda 2030 zu erreichen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/11369 (neu) anzunehmen.

Berlin, den 9. Oktober 2024

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Amt. Vorsitzender und
Berichtersteller

Nadja Sthamer
Berichterstatlerin

Volkmar Klein
Berichtersteller

Karoline Otte
Berichterstatlerin

Markus Frohmaier
Berichtersteller

Cornelia Möhring
Berichterstatlerin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Nadja Sthamer, Volkmar Klein, Karoline Otte, Dr. Christoph Hoffmann, Markus Frohniauer und Cornelia Möhring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/11369 (neu)** in seiner 169. Sitzung am 16. Mai 2024 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, den Ausschuss für Digitales, den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen,

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel,

1. eine Strategie zur dezentralen Entwicklungszusammenarbeit (Kommunen und Bundesländer) unter Einbindung der entsprechenden Stakeholder anzugehen;

2. in Abstimmung mit den Ländern rechtliche Möglichkeiten zu erarbeiten, um ein

kommunenübergreifendes Engagement in Projekten zu ermöglichen sowie die Zusammenarbeit von Kommunen in trilateralen Partnerschaften zu unterstützen und die Rahmenbedingungen hierfür zusammen mit den Ländern zu vereinfachen;

3. kommunale Vertreter, wo praktikabel, in deutsche Verhandlungsdelegationen

einzubeziehen und so Kommunen als die Ebene zu stärken, auf der multilateral beschlossene Maßnahmen umgesetzt würden;

4. in Abstimmung mit den Ländern und kommunalen Vertretern die Einführung einer digitalen Plattform zu prüfen, auf der kommunale Einrichtungen ohne formellen Beschluss oder vorhandene Partnerschaft selbst niedrigschwellig Unterstützung im Rahmen ihrer Möglichkeiten anbieten könnten und diese Plattform entsprechend zu bewerben;

5. die unterschiedlichen Unterstützungsangebote und -programme der verschiedenen Bundesressorts an deutsche Kommunen besser im Ressortkreis zu koordinieren;

6. das Konzept der Solidaritätspartnerschaften auch auf andere Regionen der Welt

auszuweiten, um das Angebot der SKEW flexibler zu gestalten und vor diesem Hintergrund auch die Ausweitung der Beschaffungsprojekte in Anlehnung an das

Programm „Bevölkerungsschutz mit Städten und Gemeinden stärken“ auf weitere Regionen zu prüfen;

7. neue und bestehende Förderinstrumente in Absprache mit kommunalen Vertretern so zu gestalten, dass konkrete Rahmenbedingungen und Herausforderungen von Beginn an berücksichtigt würden;

8. weiterhin das Engagement kommunaler Unternehmen finanziell zu unterstützen und so die Entsendung von Mitarbeitenden und den Wissenstransfer zu intensivieren;

9. kommunale Betreiber darin zu unterstützen und zu ermutigen, Personal für Projekte im Ausland freizustellen sowie Personal aus dem Ausland aufzunehmen und so den gegenseitigen Austausch zwischen in- und ausländischen kommunalen Unternehmen zu fördern und dies durch die SKEW mit Werbemaßnahmen für die Unterstützung kommunaler Betreiberpartnerschaften zu flankieren;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

10. Kommunen und kommunale Betreiber darin zu unterstützen, Betreiberpartnerschaften auf weitere Sektoren wie die Abfallwirtschaft und den Gesundheitssektor auszuweiten;
11. bei internationalen Projekten zum Wiederaufbau und zur Neuordnung kommunaler Gebiete die Expertise deutscher Kommunen einzubeziehen und von Beginn an zu berücksichtigen;
12. kommunale Entwicklungszusammenarbeit auch auf EU-Ebene stärker in den Fokus zu rücken, indem sie sich bei den EU-Delegationen für eine stärkere Berücksichtigung der lokalen Ebene einsetze und vermehrt Mittel aus dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) für kommunale Partnerschaften vergeben würden;
13. die Einführung eines zentralen, EU-weiten Verzeichnisses über kommunale Partnerschaften anzuregen, um diese systematisch zu erfassen und Wissen sowie Erfahrungen von kommunalen Akteuren in der EU-Entwicklungszusammenarbeit nutzbar zu machen;
14. sich vor dem Hintergrund der dringend erforderlichen Umsetzung der SDGs und der Ziele des Pariser Klimaabkommens für den Ausbau kommunaler Klimapartnerschaften einzusetzen;
15. den im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausbau der Städtediplomatie weiter voranzutreiben und damit auch die zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene nachhaltig zu stärken;
16. im Kontext des Wiederaufbaus der Ukraine weiterhin darauf hinzuwirken, dass ein Teil der Mittel der EU-Ukraine-Fazilität direkt den ukrainischen Kommunen für den dezentralen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werde;
17. die in den letzten Jahren entstandenen Angebote im Bereich der fairen Beschaffung zu harmonisieren, um das gesamte Potenzial im Bereich der öffentlichen Beschaffung zu nutzen und damit einen beträchtlichen positiven entwicklungspolitischen Effekt in den Partnerländern zu erzielen;
18. Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für kommunale Angestellte zu SDGs, Entwicklungszusammenarbeit, Antragstellung, Evaluierung sowie Wissenstransfer und Best-practice-Beispiele über die SKEW und zwischen den Kommunen zu fördern;
19. die Förderinstrumente, soweit es die Bundeshaushaltsordnung erlaube, zu vereinfachen, um den Kommunen einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen und eine höhere Flexibilität der Kommunen beim Mitteleinsatz im Kontext der kommunalen Partnerschaften zu ermöglichen;
20. die kommunale Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich gemeindebasiert zu organisieren, sodass zivilgesellschaftliche Organisationen von Anfang an in die Projektgestaltung miteinbezogen seien, da sie am besten wüssten, was vor Ort benötigt werde.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11369 (neu) in seiner 73. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppen Die Linke und BSW die Annahme des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11369 (neu) in seiner 90. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke und Abwesenheit der Gruppe BSW die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11369 (neu) in seiner 121. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD und der Gruppe Die Linke die Annahme des Antrags.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11369 (neu) in seiner 76. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Digitales** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11369 (neu) in seiner 71. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11369 (neu) in seiner 78. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 20/11369 (neu) in seiner 119. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Annahme des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 63. Sitzung am 9. Oktober 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke die Annahme des Antrags.

Die **Fraktion der SPD** betonte, dass das Thema sehr wichtig sei. Zwei Drittel der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen seien nur gemeinsam mit den Regionen, Städten und Gemeinden erreichbar. Die dezentrale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sei ein wichtiger Schlüssel, um die EZ insgesamt voranzubringen. Im Antrag werde unter anderem die Möglichkeit der Ausweitung auf trilaterale Partnerschaften gefordert. Das sei ein sehr wichtiger Punkt, gerade wenn es um Städtepartnerschaften gehe, um die Kooperation mit dem Globalen Süden und die europäische Integration zu fördern. Es existierten bereits funktionierende Vorbilder, so agiere die Stadt Leipzig erfolgreich mit polnischen Partnern und der Stadt Kyjiw bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen. Es gebe bereits positive Rückmeldungen zum Antrag, unter anderem vom Verband der kommunalen Unternehmen, der die Betreiberpartnerschaften sehr gelobt habe. Gerade wenn es darum gehe, Fachkräftesicherung zu betreiben, sei es für junge Menschen attraktiv, auch die Möglichkeit zu haben, Erfahrungen im Ausland zu sammeln. Das stärke die kommunalen Unternehmen und befördere ein gegenseitiges Lernen voneinander. Die vorgesehene Stärkung der Handlungsfähigkeit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) sei ein entscheidender Schlüssel, um die dezentrale Entwicklungszusammenarbeit voranzubringen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies darauf, dass ein ähnlicher Antrag ihrer Fraktion vor einem Jahr abgelehnt worden sei (Bundestagsdrucksache 20/9139). Die Begründung sei gewesen, es laufe ohnehin alles. Wenn das kommunale Engagement so wichtig sei, sei nicht zu verstehen, dass im Haushalt 2024 der Titel um 13,4 % gekürzt worden sei. Zwar sei jetzt für den Haushalt 2025 ein kleiner Aufwuchs vorgesehen, allerdings werde der Etat dann immer noch niedriger sein als zuvor. Im Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei ebenfalls enthalten gewesen, wie wichtig es sei, mit den Kommunen und mit den kommunalen Unternehmen zusammenzuarbeiten. Im vorliegenden Antrag höre sich das ein bisschen nach einem Wunschzettel an, was alles getan werden könnte, wenn das Geld dafür vorhanden wäre. Durch den Antrag ziehe sich ein Ansatz der Zentralisierung, dass der Bund hier alles zu steuern habe. Es gehe aber um das Engagement der Bürgermeister, der Landräte in den einzelnen Kommunen, die aktiv seien. Das sei nicht zentralistisch von Seiten des Bundes zu steuern. Deshalb sei der Dialog mit den Bundesländern und den Kommunen zu führen. Es sei gut, dass die regierungstragenden Fraktionen das Thema inzwischen auch als wichtig erachteten. Das müsse dann aber auch im Haushalt abgebildet werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich die Bedeutung der kommunalen Ebene für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Weltgemeinschaft. Viele Beiträge, die die Kommunen leisten könnten, seien

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

keine Pflichtaufgaben und könnten deshalb nur angegangen werden, wenn die Kommunen ausreichend ausgestattet seien und genügend Mittel zur Verfügung ständen. Deshalb sei es wichtig, das Aufgabenfeld in den Fokus zu rücken und die Bedeutung zu betonen. Die kommunale EZ sei vielfältig. Eine ganz besondere Rolle spielten dabei die kommunalen Partnerschaften, die auch oft Städtepartnerschaften genannt würden. Hier habe es in den letzten Jahren spannende Entwicklungen gegeben. Die SKEW habe mit ihren Solidaritätspartnerschaften einen Weg gefunden, um akute lokale Hilfsbereitschaft sinnvoll in den Kontext von Strategien einzubetten, die die Bundesregierung verfolge. Das sei ein wichtiger Beitrag, um in Zukunft auf Krisen in der Welt zu reagieren und die Erreichung von Entwicklungszielen von der lokalen Ebene aus zu unterstützen. Wenn man die kommunalen Spitzenverbände frage, was ihnen im Bereich der kommunalen EZ besonders wichtig sei, dann komme regelmäßig die Antwort, dass man gerne mit am Tisch sitzen wolle. Man müsse sehen, welche wichtige Rolle die Kommunen und die kommunale Expertise spielten und sie auch in internationalen Austauschformaten verstärkt mit an den Tisch holen. Dazu müssten kommunale Vertreterinnen und Vertreter, wo immer es möglich sei, in deutschen Delegationen, beispielsweise zu Konferenzen der Vereinten Nationen, einbezogen werden.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, dass der Antrag wichtig sei, weil die Kraft der Kommunen gerade im pragmatischen Vorgehen liege, was für die EZ besser denn je genutzt werden könne und müsse. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei nicht verkehrt gewesen, er sei aber nicht weit genug gegangen. Insofern sei es richtig, dass die Koalition einen eigenen Antrag gestellt habe, gerade vor der dargestellten Situation, dass es für einen kommunalen Betrieb attraktiv sei, solche Möglichkeiten eines Auslandseinsatzes für seine Mitarbeiter anzubieten. Dadurch könne man die Personalgewinnung, die für die Kommunen im Augenblick schwierig sei, durchaus verbessern. Die kommunale Rolle könnte noch stärker sein und sie müsse stärker werden, wenn die entsprechenden Mittel da seien. Es wäre sinnvoll, finanzielle Mittel für die Kommunen bereitzustellen, damit der Spielraum auch genutzt werden könne.

Die **Fraktion der AfD** unterstrich, dass die Position der Fraktion dazu bekannt sei. Sie setze sich immer dafür ein, die Fragmentierung in der EZ zu beenden, weil sie glaube, dass im Moment ein Steuerungsfähigkeitsverlust da sei. Sie halte es auch nicht für kohärent, wenn Bund, Länder und Kommunen hier tätig werden würden.

Grundsätzlich gehe das ein Stück weit an der momentanen Situation der Kommunen vorbei. Die Bürgermeister und Landräte seien vor allem mit den Themen Krankenhäuser, Flüchtlinge und Sozialausgaben befasst. Es werde zukünftig auch aufgrund der Regierungspolitik kein Geld in den Kommunen mehr dafür geben.

Die **Gruppe Die Linke** unterstützte die inhaltlichen Forderungen des Antrags komplett. Es bleibe aber der Eindruck eines Wunschzettels, weil gleichzeitig der Finanzierungsvorbehalt so deutlich an erster Stelle stehe. Eine Übernahme dieser Aufgaben durch die Kommunen setze voraus, dass sie dafür finanziell und personell gut ausgestattet seien. Das sei angesichts der steigenden Ausgaben und der gleichzeitigen Haushaltskürzungen absehbar nicht zu leisten. Es sei aber gut, dass es Überlegungen gebe, das mittel- und langfristig grundsätzlich anders zu lösen.

Berlin, den 9. Oktober 2024

Nadja Sthamer
Berichterstatterin

Volkmar Klein
Berichterstatter

Karoline Otte
Berichterstatterin

Dr. Christoph Hoffmann
Berichterstatter

Markus Frohnmaier
Berichterstatter

Cornelia Möhring
Berichterstatterin

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.